

Dividendenlosigkeit bei Bleichert

Die Adolf Bleichert u. Co. Aktiengesellschaft in Leipzig hat soeben ihren Geschäftsbericht für das am 30. Juni 1930 abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlicht. Die Verwaltung berichtet darin, dass das Unternehmen zwar auch von der Wirtschaftskrise in Misserfolg gezwungen worden sei, doch es aber gelungen sei, einige größere Auslandsaufträge hereinzuholen. Trotzdem sind im Laufe des Jahres 150 bis 200 Mann entlassen worden, das ist etwa ein Drittel bis ein Viertel der Belegschaft. Offenbar ist also die Belegschaft stärker zurückgegangen als die Produktion. In Frankreich wurden drei neue Personenschwebebahnen erbaut, der Elektrokarrenbau war verhältnismäßig gut beschäftigt, mit der America Stoelz u. Witz Co. ist ein Abkommen getroffen worden, wonach die amerikanische Firma das Bleichert-System zu Personenschwebebahnen in den Vereinigten Staaten und Kanada einzubauen darf.

Die schwierigen Verhältnisse auf den alten Produktionsgebieten haben die Gesellschaft veranlasst, Ausbau nach neuen Produktionsgebieten zu halten. Schon seit Jahren ist sie damit beschäftigt, den Kabelkanal zu einem Kabelbagger umzubauen, das heißt zu einem Gerät, das nicht nur Lasten befördert, sondern die zu bewältigenden Transportmengen auch selbst schürt und alle anderen Hilfsmaschinen wie Bagger usw. ausschaltet.

Die Gesellschaft hat im Vorjahr ihren Aktionären 10 Prozent Dividende zukommen lassen. Sie gehen diesmal leer aus. Der Rohgewinn ist von 2,4 auf 1,0 Millionen zurückgegangen. Nach Abzug der ungefähr gleichbleibenden Generalaufkosten und der erheblich verminderter Abschreibung verbleibt ein Nettogewinn von 108 000 Mark gegenüber 458 000 Mark im Jahre vorher; es wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im vorigen Jahr ist das Aktienkapital durch Ausgabe neuer Aktien von 4 auf 8, also um 2 Millionen Mark erhöht worden. Offenbar hat die Gesellschaft die ihr auf diesem Wege zugestellten Mittel hauptsächlich für neue Versuche verwendet. Die Verwaltung hat zu der ungewöhnlichen Maßnahme gegriffen, die Aufwendungen, die für die Versuche mit dem Kohlenbagger gemacht worden sind, mit anderthalb Millionen Mark als Vermögenswert in die Bilanz einzustellen. Das lädt darauf schließen, dass sich die Firma aus dieser neuen Fabrikation hohe Einnahmen verspricht.

Nazis als Konsumfeinde

In der "Norddeutschen Volkszeitung", die im Bezirk Sachsen-Anhalt verbreitet wird, erlich kurz vor Weihnachten die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ein großes Interview, worin über den Zusammendruck vieler kleiner Geschäfte gesprochen und behauptet wurde, dass Ziel der herrschenden wirtschaftsfeindlichen Mächte sei deutlich erkennbar: Der deutsche Mittelstand solle vernichtet werden:

„Jetzt steht das Weihnachtsfest vor der Tür! Mit ungeheurem Aufwand ziehen die jüdischen Warenhäuser und die sozialdemokratischen Konsumvereine eine gewaltige Reklame auf. Das Weihnachtsfest... ist für die Feinde des Mittelstandes nur die günstige Gelegenheit, ein Riesengeschäft zu machen.“

„Deutsche Habschrauen! ...“

Berichtet nicht, dass Warenhaus und Konsumverein die Stützen der SPD, der TDP und des sozialen Deutschen sind. Kauf in deutschen Geschäften!

An der ganzen Sache ist nur bedauerlich, dass unzählige Todesfälle aller Deutschen, die man während des Weltkrieges in allen Nationen als die „getreuen Söhne Deutschlands“ prägte, ihre sauer verdienten Groschen noch immer in Mittelstandsgefäßen tragen, die unter dem Schutz der Hitler-Partei stehen und diese finanzierten hoffen.

Zum Braunschweiger Landtag haben die regierenden Nationalsozialisten mit Hilfe aller übrigen „bürglerischen“ Parteien eine Warenhaustaxe beschlossen, durch die die

Konsumvereine mit einem weiteren Zuschlag von 300 Prozent zur staatlichen Gewerbesteuer belastet werden. Ferner wurde die

Filialsteuer um 150 Prozent erhöht.

Auch davon werden die Konsumvereine betroffen.

TRIQUE Der Roman eines Pariser Proletarierkindes von Alfred Machard Alleinberechtigte Uebertragung von Karl Hellwig

Pancucule war der erste, der den Raum brach: „Mensch, Indianer sein, das ist noch was!“ Er sprach aus, was ein jeder heimlich gedacht hatte. „Und ob!“ murmelte Paps.

„Die brauchen nicht in die Schule zu gehen!“ meinte Guilleret, der ein kleiner Hausspel war.

„Ne, das brauchen sie nicht!“ stimmte Rossignol überzeugt bei. Wenn man Indianer wäre,“ nahm Pancucule seinen Gedanken wieder auf, „dann hätte man Federn auf dem Kopf und Peife und Tomahawts... dann wohnte man in einem Wigwam... und dann, Mensch, könnte man sich die Fresse bemalen!“

„Mensch, das wäre fündig!“ nickten die beiden anderen verträumt.

Plötzlich schlug Trique sich auf den Schenkel, was bei ihm immer ein Zeichen war, dass er sich unbändig über irgend etwas freute.

„Mensch!“ rief er. „Ich hab' ne Idee... wir wollen Indianer spielen! Heut abend, wenn wir gegessen haben, kommen wir wieder her. Wir haben hier unter Lager... ich bin der Häuptling.“

Sein Vorschlag fand begeisterte Aufnahme. Dies neue Spiel versprach tausend ungeahnte Freuden. Nur Paps brummte vor sich hin:

„Trique will immer alles sein. Das ist Schiebung.“

Über Trique ballte die Fausten und fragte mit drohender Miene:

„Und warum ist das Schiebung?“

Paps sah ein, dass der Stärkere immer recht behält, senkte deshalb den Kopf und schwieg.

Trique traf nun keine Anordnungen:

„Wir müssen Federn haben, an die Müte zu stecken. Pancucule, wenn du beim Geflügelladen von Surat vorbeikommst, dann braucht du ja bloß den Puten, die da in der Auslage auf Tellern liegen, ein paar Federn aus'm Steck zu ziehen. Ist ganz einfach. Braucht dich auch gar nicht zu beelen... Surat kann nicht laufen, er ist viel zu dick.“

„Ich geh' hin,“ versprach Pancucule.

„Und womit sollen wir uns die Fresse bemalen?“ fragte Guilleret gespannt, denn er hatte die Frauen schon immer beobachtet, weil sie sich wie die Wilden das Gesicht anmalen durften. „Man müsste Buntstifte nehmen, wie für die Landkarten.“

Verstaatlichung des Überseefunks

Der Streit um die Transradio AG

Die Reichspost hat sich entschlossen, die private Transradio AG für drahtlosen Überseefunkverkehr, die das Funkmonopol für den überseeischen Nachrichtenverkehr besitzt, zu verstaatlichen und damit die gesamte drahtlose Telegraphie zu verstaatlichen. Darauf hat sich ein Sturm der Privatwirtschaft, insbesondere der an der Kabelfunktelegraphie interessierten Kreise, erhaben, die in Eingaben und Pressepolemiken den Plan der Reichspost als schärfste an-

großen. Der Schnellnachrichtendienst erfolgt im Inland sowie nahezu im gesamten europäischen Verkehr durch die Reichspost. Dagegen liegt

der überseeische Telegrafenverkehr

bisher in den Händen von Privatgesellschaften. Die deutschen Überseefabeln gehörten der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft (DAT), während der Überseefabellbetrieb in vollem Umfang bei der Reichspost liegt. Das überseeische Funkmonopol wurde 1919 aus politischen Erwägungen einer Privatgesellschaft, der Transradio AG, übertragen, die die Funkstationen, Sender und Empfangsanlagen, insbesondere die Großfunkstationen Nauen, unterhält und bedient und heute über ein ausgedehntes Funknetz verfügt.

Beide Gesellschaften sind bisher in erheblichem Umfang aus öffentlichen Mitteln subventioniert worden. Die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft hat teils mit Reichsentnahmen, teils mit Mitteln aus einer amerikanischen Anteile, für die das Reich die Bürgschaft und Anspruchsaufnahme übernommen hat, die neuen Kabelverbindungen geschaffen; die Gesellschaft erhält umfangreiche Gratistrukturen sowie Zinznachlässe durch die Reichspost. In noch stärkerem Maße hat die private Funkgesellschaft, an der die großen Elektrizitätsgesellschaften AEG, Siemens, ferner Telefunken und die DD-Banken beteiligt sind, öffentliche Mittel in Anspruch genommen. Auf Grund eines äußerst ungünstigen Konzessionsvertrages aus dem Jahre 1921 hat die Reichspost eine 7-prozentige Dividendengarantie übernommen und seit Jahren den Hauptteil der Dividendenabführungen an die Großaktionäre befreit. Das Unternehmen hat ferner infolge mangelnder Rentabilität völlig unzureichende Abschreibungen vorgenommen, so dass die Anlagen größtenteils entwertet sind. Alle erforderlichen Neuinvestitionen, insbesondere die notwendige Umstellung der Stationen von Langwellen auf Kurzwellenfunk, sind

aus Mitteln der Reichspost

bestritten worden, die allein in letzter Zeit etwa 4 Millionen Mark Darlehen an die Gesellschaft gewährt. Der Sparkommissar und der Rechnungshof haben mit Rücksicht auf den ungünstigen Konzessionsvertrag und die hohen Aufschlusspflichten der Reichspost angeraten, von ihrem Recht zur Übernahme der Gesellschaft Gebrauch zu machen, was die Reichspost nunmehr getan hat. Die finanzielle Abwicklung — die Reichspost muss die Anlagen nach den außerordentlich ungünstigen Vertragsbestimmungen mit 10 Prozent über den buchmäßigen Anlagenwerten übernehmen, also weit überbezahlt — steht auf kleinen Schwierigkeiten, da die Reichspost seit mehreren Jahren bereits die notwendigen Mittel zur Übernahme der Funksanlagen angemessen hat. Trotz der hohen

Die Hitler-Potenzen tragen ihre Unvernunft so frech zutage, dass sie bald abgewirtschaftet haben werden. Sie verüben bewusst Unrecht an den mittellosen Volksgenossen, und zwar ganz offenkundig, zugunsten des Mittelstandes.

Als ihnen im Braunschweiger Landtag vorgehalten wurde, dass sie wieder einmal die Arbeiter belästigen, rief der Führer:

„Dann mögen die Arbeiter anderswo kaufen!“

Man will also die Konsumvereine vernichten, um deren Mitglieder zu zwingen, beim Kramern und anderen Mittelständlern zu kaufen. Das ist indirekter Raub des reichsvorherrschenden Gewerbes der Verbraucher, dessen Belebung durch solche Maßnahmen verfassungswidrig ist.

Es wird Zeit, dass die Reichsregierung diesen mittelständischen Freibeutern das Handwerk legt.

Die Saalfelder Gewerbebank stellt die Zahlungen ein

Infolge größerer Abhebungen von Spareinlagen hat sich die Verwaltung der Saalfelder Gewerbebank, e. G. m. b. H., veranlaßt, ihre Zahlungen einzustellen und ihren Betrieb zu schließen. In einer sofort einzuberuhenden Generalversammlung soll über die eventuelle Liquidation der Genossenschaft Beschluss gefasst werden, um die Gläubiger der Bank voll zu beruhigen.

Buntstifte halten nicht auf der Haut,“ unterbrach ihn Rossignol. „Ich hab's probiert, als ich mir mal Adern malen wollte... Aber meine Schwester reißt sich immer was Schwarzes auf die Augen. Sie nimmt einen Korken und brennt ihn an... Das geht kein, sag ich euch!“

„Abgemacht!“ erklärte Trique. „Bring einen Korken mit und eine Schachtel Streichhölzer... Ich bring Tabak mit, für die Friedensfeife... ich klau ihm mein Alten aus der Tasche... wor sonst noch welchen hat, kann ihn mitbringen... Also abgemacht... alle heut abend am selben Ort!“

„Wie kommen?“

Bevor die fünf Indianer sich trennten, erschütterten sie noch die Luft mit ihrem furchtbaren Kriegsgeschrei: „Awaha! Wahawa!“

X

Am Abend waren alle pünktlich zur Stelle. Trique hatte Tabak mitgebracht und eine alte Tonpfeife mit zerbrochenem Rohr, Rossignol zwei Körner und Streichhölzer, Pancucule einige lange Federn, die er den Trümmern des schlagfertigen Herrn Surat und dem flederwisch seiner ahnunglosen Frau Mama entstohlt hatte.

Aun ging die Verwandlung vor sich. Zuerst zogen die Jungen ihre Schultergürtel aus, lehnten die Innenseite nach außen und hängten sie sich dann als Mantel um. Darauf verschafften sie ihre Bascennünen mit einem kleinen Loch an der Seite, durch das sie eine Feder steckten.

Rossignol langlegte seine Körner an und bemalte die Gesichter seiner Kameraden mit einem so feierlichen Ernst, als gelte es, eine heilige Handlung zu vollziehen. Jede Wunde bekam einen kleinen Kreis, die Nase einen dicken Punkt, das Kinn ein Kreuz und die Stirn über den Augen zwei Dreiecke.

Als die Verwandlung geschehen war, äußerten die Jungen ihre Freude durch Spülungen, Körperverrenkungen und elastische Tanzschritte. Ihre Augen funkelten drohend im Dunkel, und furchtbar klang ihr Kriegsgeschrei:

„Awaha! Wahawa! Awaha!“

Dann setzten sie sich ins Gras, um die Friedenspfeife zu rauchen, wie es der Alten verlangte.

Vorher aber mußten noch die Namen geändert werden. Donn Indianer, die Trique, Guilleret, Rossignol, Paps oder Pancucule hießen, waren doch keine richtigen Indianer, wie sie im Buche standen.

Da jeder sich schon im stillen für einen mehr poetischen oder mehr kriegerischen Beinamen entschieden hatte, so war die Sache schnell erledigt.

Aus Paps wurde: „Die alte Schmetterhand“, aus Guilleret: „Der höllsfüchtige Hirsch“, aus Rossignol: „Das furchtlose Bärenherz“, aus Pancucule: „Malapupu“ (man hat nie erfahren, wes-

Aufwendung ist die Verstaatlichung den seihen umfassenden Subventionsverhältnissen unbedingt vorzuhaben.

Schon aus grundsätzlichen Erwägungen erscheint die weitere Eingliederung des Schnellnachrichtendienstes in den gesamten öffentlichen Nachrichtendienst erforderlich, da nur dieser, unbehelligt von privaten Einflüssen, die gesamtwirtschaftlichen Betriebsinteressen wahrnimmt. Hierzu kommt im Falle der Transradio AG, dass das Unternehmen dauernde Millionenzuflüsse erfordert, nach Feststellung der Reichspost hente unwirtschaftlich arbeitet, aber nach einer Reorganisation durch die Post nach vorsichtigen Ertragsberechnungen zu einem Gewinnbetrieb entwickelt werden kann. Es sei noch bemerkt, dass

allein an Direktorengehältern und Aussichtsratsantielen mehr als 100 000 Mark im Jahre einsparbar sind

und dass ferner das Unternehmen durch die Verstaatlichung von der heut bestehenden starken Abhängigkeit von den Lieferindustrien befreit wird.

Die bisher erforderlichen großen Zuschüsse für den privaten überseeischen Funkverkehr werden aus den Erträgen des postlichen Funkverkehrs, also in erster Reihe aus den Überseefabellen bestreitbar. Die bisher erforderlichen großen Zuschüsse für den privaten überseeischen Funkverkehr werden aus den Erträgen des postlichen Funkverkehrs, also in erster Reihe aus den Überseefabellen bestreitbar. Wenn auch die durch die Verstaatlichung des Überseefunks zu erwartenden Einsparungen eine generelle Ermäßigungs der Rundfunkzulassungen ermöglichen werden, so dürfte doch der an dieser Stelle bereits geforderte Gehaltenerlass für Arbeitslose ohne weiteres hieraus zu bestreiten sein. Diese Maßnahme ist um so dringlicher geworden, als

die Zahl der Rundfunkabmeldungen aus wirtschaftlichen Gründen, wohl in erster Reihe infolge der wirtschaftlichen Not der Arbeitslosen, in starker Zunahme be- griffen ist.

Trotzdem also stichhaltige Gründe für die Besitzübernahme der Transradioanlagen durch die Post sprechen, wird die öffentliche Meinung durch die Interessen gegen die Transradioanlagen bestmöglich abgeschwächt. Dr. Solmsen, von der DD-Bank hat in seiner Eigenschaft als Aussichtsratsvorsitzender der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft, zugleich aber wohl auch in Wahrnehmung der Interessen der Großbank und der Elektrizitätsgesellschaften, eine Denkschrift der Deffentlichkeit übergeben und eine Eingabe an den Reichsfinanzrat gegen die Verstaatlichung des Überseefunks gerichtet. In dieser Eingabe wird der privatwirtschaftliche Betrieb für die drahtlose Fernleitung aus technischen, verkehrspolitischen Gründen usw. als unentbehrlich bezeichnet. In einer Begleitschrift hat das Reichspostministerium bestreitbar, insbesondere darauf hingewiesen, dass

die Post über weitgehende Erfahrungen im europäischen Funkverkehr verfügt

und dass sie an den technischen Verbesserungen des Funks wie des Kabelfunkverkehrs in den letzten Jahren entscheidend mitgewirkt hat.

Der gegen den öffentlichen Betrieb erhobene Vorwurf, dass die Beamten eines öffentlichen Unternehmens jede Mehrung der Kundshaft als permanente Belohnung empfinden“ und dass im öffentlichen Betrieb jede Initiative einer Betriebssteigerung fehlt, ist von der Post bereits mit Entschiedenheit zu widerlegen worden. Die Post bezichtigt mit Recht die DAT als ein aus besonderen Gründen (wegen der Schwierigkeiten des Gewerbes von Boden, Landwirtschaft usw. im Ausland für ein staatliches Unternehmen) privatwirtschaftlich aufgezogene Organ der Reichspost, dessen Existenz erhebt wird. Es muss stark bestreiten, wenn der Aussichtsratsvorsitzende eines seit jeher spontanen Unternehmens in einer derartigen Tondit vollig ungerechtfertigte Vorwürfe gegen den öffentlichen Betrieb erhebt.

Hinter den privatwirtschaftlichen Argumenten stehen aber sehr reale Interessen. Dr. Solmsen streift nämlich die Fusion des privaten Kabelfabellunternehmens mit der privaten Funkgesellschaft an. Nach dem der Post gemachten Vorschlag soll die Sanierung der Transradio AG aus öffentlichen Mitteln erfolgen. Die Post soll, ohne Gegenwerte zu erhalten, die gleichen 28 Millionen als verlorenen Zuschuss leisten, mit denen sie jetzt die Transradioanlagen zu erwerben beabsichtigt. Dem neuen Privatunternehmen soll für den gesamten überseeischen Nachrichtenverkehr eine Konzession auf 50 Jahre erteilt werden; die Post soll sich darüber hinaus zu jährlichen Zuschüssen in Höhe von mindestens 2½ Millionen Mark verpflichten. Es versteht sich von selbst, dass dieses Angebot der Privatwirtschaft abgelehnt werden müsste.

Die Absicht der Reichspost zur Übernahme der Transradio AG, muss bei objektiver Würdigung volle Billigung finden.

Dr. Paul Herk, M. d. R.

Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost.

halb er sich so nannte, vielleicht nur deshalb, weil diese seltsam klingenden Silben ihm damals gerade durch den Kopf gingen).

Trique aber, der seiner neuen Laune, der Freundschaft mit den kleinen Papas, einen poetischen Ausdruck geben wollte, wählte den Namen: „Der Freund der Pfirsichblüte.“

Die alte Schmetterhand setzte die Peife in Brand. Da das Rohr kurz hinter dem Kopf abgebrochen war, so versengte er sich dabei die Nasenspitze.

In diplomatischem Schweigen, wie das Buch es vorschreibt, ging die Friedenspfeife von Mund zu Mund. Einer nach dem anderen tat einen Zug und ließ den Rauch als einen dünnen Faden zwischen den Lippen entwischen.

Achtung! Feinde!“ flüsterte Malapupu.

Die fünf Indianer wälzten sich platt ins Gras.

„Wenn ich Peife hätte,“ prahlte der höllsfüchtige Hirsch, „dann wollte ich es Ihnen schon geben.“</